

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input type="radio"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="radio"/>
BNN Bretten	<input type="radio"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="radio"/>
BNN Kreisseite	<input type="radio"/>	Handelsblatt	<input type="radio"/>
Brettener Woche	<input type="radio"/>	IHK	<input type="radio"/>
Kurier	<input type="radio"/>	Wochenblatt	<input type="radio"/>
www.ka-news.de	<input checked="" type="radio"/>	www.buchsal-xl.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal-net.de	<input type="radio"/>	www.landfunke.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal.org.de	<input type="radio"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="radio"/>

Datum: 4. NOV.2009

Kurzarbeit und Steuern: Gewerkschafter fordern Aussetzung des Progressionsvorbehalts

Bruchsal (ps/mme) - Betriebsräte aus vielen Branchen der Region und die IG Metall Bruchsal setzen sich in Briefen an Politiker dafür ein, dass der Progressionsvorbehalt für Beschäftigte in Kurzarbeit für dieses und das nächste Jahr ausgesetzt wird.

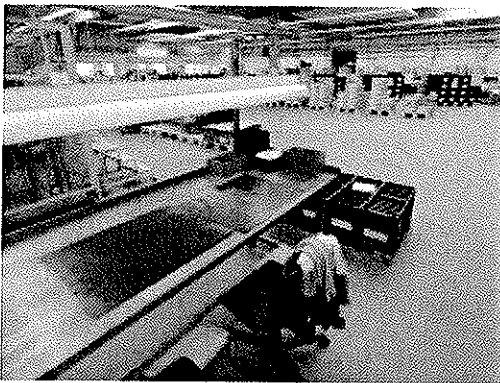


Foto:

Betriebsratsvorsitzende aus der Metall-, Textil-, Holz und Kunststoff- sowie Bettwarenindustrie sowie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal, Eberhard Schneider, fordern in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken im Deutschen Bundestag sowie die Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Karlsruhe Land - Axel E. Fischer (CDU), Olav Gutting (CDU) und Patrick Meinhardt (FDP) -, dass der Progressionsvorbehalt für Beschäftigte in der Kurzarbeit im Jahr 2009 und 2010 ausgesetzt werden soll.

Eberhard Schneider: "Wir sind davon überzeugt, dass dieses Problem noch nicht von allen in der Politik erkannt worden ist. Deshalb sprechen wir diese Benachteiligung für unsere Mitglieder an, und werden Sie auch entsprechend über die Antworten aus Berlin informieren." In diesem Brief schreibt die IG Metall unter anderem, die Wirtschaftskrise hinterlasse ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Beschäftigte seien in hohem Maße von Kurzarbeit betroffen. Sie bedeute für die Beschäftigten jedoch auch einen großen finanziellen Verlust gegenüber der bisherigen Einkommenssituation. Die Beschäftigten trügen damit in einem hohen Maße die finanziellen Lasten der Krise.

Sie seien darüber hinaus am Jahresende bei ihrer Einkommenssteuererklärung auch noch von dem sogenannten Progressionsvorbehalt (§ 32 b Absatz 1 EStG) bedroht. Dieser führt im Regelfall bei ausgedehnter Kurzarbeit zu erheblichen Steuernachzahlungen für die Betroffenen. Das deutsche Einkommensteuergesetz sieht für einige Einnahmen des Steuerpflichtigen eine Steuerbefreiung vor. So auch für Kurzarbeitergeld. Diese erhaltenen Gelder muss der Steuerpflichtige zwar in seiner Einkommensteuererklärung angeben, sie werden jedoch nicht so behandelt wie andere steuerpflichtige Einkünfte. Die steuerfreien Einnahmen können allerdings den persönlichen Steuersatz des Steuerpflichtigen erhöhen, also indirekt doch der Besteuerung unterworfen werden. Die Konsequenzen sind erhebliche Steuernachzahlungen.

Damit würden die Beschäftigten neben den Einkommensverlusten während der Kurzarbeit ein weiteres Mal zur Finanzierung der Wirtschaftskrise zur Kasse gebeten, so die IG Metall. Die Gewerkschaft fordert deshalb, den Progressionsvorbehalt für Beschäftigte in Kurzarbeit nach § 32 b Absatz 1 Einkommenssteuergesetz für die Jahre 2009 und 2010 auszusetzen. Diese Maßnahme würde mithelfen, die Einkommensverhältnisse der Beschäftigten zu stabilisieren und somit notwendige Kaufkraft in Zeiten der Wirtschaftskrise zu erhalten.